

"Den Weg zu einer kernwaffenfreien Welt ebnen" Emergency Campaign to Ban Nuclear Weapons"

Exekutivausschuss der "Bürgermeister für den Frieden" verabschieden eine Notkampagne für das Verbot von Nuklearwaffen

Als Reaktion auf das einmütige Krisenbewusstsein wegen eines generellen Fehlens von Fortschritten bei der nuklearen Abrüstung und neu entstandener spezifischer Bedrohungen des nuklearen Nichtverbreitungsregimes hat der Exekutivausschuss der Bürgermeister für den Frieden auf seiner Sitzung am 17. und 18. Oktober 2003 in Manchester eine Notkampagne für das Verbot von Nuklearwaffen im Rahmen des NPT Review Process (Überprüfungsprozess für den Atomwaffensperrvertrag) gebilligt. Die Kampagne soll auf der 2. Global Citizens Conference vom 22. bis 24. November in Nagasaki offiziell initiiert werden.

Die wichtigsten Punkte dieser Kampagne sind:

Eine hochrangige Delegation von Bürgermeistern wird an der Sitzung des NPT-Vorbereitungsausschusses teilnehmen (22. April bis 9. Mai), um mit Regierungs- und NRO-Vertretern zusammenzuarbeiten und zu beraten.

Bürgermeister aus aller Welt sollen eindringlich aufgefordert werden, in ihren eigenen Städten Veranstaltungen zu fördern, die der Öffentlichkeit die nukleare Bedrohung, den 60. Jahrestags der Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki und die kommende NPT Review Conference stärker ins Bewusstsein bringen.

Die Kampagne soll eine überwältigende Präsenz von Bürgermeistern, NRO-Vertretern und Bürgern bei der Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag Ende April 2005 in New York sowie öffentliche Aktionen in Städten auf der ganzen Welt bewirken.

Die Weltkonferenz der Bürgermeister für den Frieden wurde 1982 von den Bürgermeistern von Hiroshima und Nagasaki gegründet, um die Solidarität und Kooperation zwischen den Städten zu fördern, mit dem Ziel, den gemeinsamen internationalen Willen zur Schaffung einer friedlichen Welt ohne Nuklearwaffen zu wecken.

In jedem Krieg sind es die Städte und die dort lebenden Menschen, die leiden. Wie Hiroshima und Nagasaki bezeugen, wird dieses Leiden zur totalen Zerstörung, wenn Nuklearwaffen beteiligt sind. Um das Leben ihrer Bürger zu schützen, ist es die Pflicht aller Bürgermeister, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um Kriege zu verhindern und Nuklearwaffen abzuschaffen.

Im Oktober 2003 waren 554 Städte in 107 Ländern und Regionen Mitglieder der Organisation Bürgermeister für den Frieden, und die Mitgliederzahl nimmt rasch zu. Das ist ein Beweis für den wachsenden internationalen Konsens, dass die Nuklearwaffen und nicht die Städte zerstört werden sollten. Die große Mehrheit der Menschen, Städte und Länder wünscht mehr denn je in einer Welt zu leben, die ihre Konflikte ohne Gewalt löst.

Auf der Konferenz zur Überarbeitung des Atomwaffensperrvertrags im Mai 2000 wurde ein Schlussdokument einstimmig angenommen, in dem das Versprechen "eines eindeutigen Vorgehens der Kernwaffenstaaten" enthalten ist, "um die vollständige Vernichtung ihrer Atomwaffenarsenale zu erreichen." Während der größte Teil der internationalen Gemeinschaft auf Erfüllung dieses Versprechens drängt, haben die Vereinigten Staaten öffentlich ihre Absicht erklärt, sogenannte anwendbare Atomwaffen zu entwickeln, und

behalten sich das Recht vor, sie - sogar gegen Nichtkernwaffenstaaten - präventiv anzuwenden. Angesichts dieser neuen Bedrohung durch die USA hat sich Nordkorea aus dem Atomwaffensperrvertrag zurückgezogen und erklärt, dass es im Besitz von Nuklearwaffen sei. Indien, Israel und Pakistan haben den Atomwaffensperrvertrag noch nicht unterzeichnet und fühlen sich angesichts des gegenwärtigen Klimas sicherlich nicht ermutigt, dies zu tun. Das Nichtverbreitungsregime, das weltweit wichtigste Kernwaffenkontrollabkommen, steht also kurz vor dem Zusammenbruch.

Die Bürgermeister für den Frieden fordern die nationalen Regierungen hiermit auf, den Dialog zu verstärken, sich gewissenhaft für den Aufbau des Vertrauens und die Aufrechterhaltung und Stärkung des Nichtverbreitungsregimes einzusetzen und die folgenden Schritte zu unternehmen:

Wir fordern, dass die Kernwaffenstaaten und die De-facto-Kernwaffenstaaten einschließlich der Länder, die nicht NPT-Vertragsparteien sind, sofort alle Entwicklungsprogramme für Nuklearwaffen einstellen und unverzüglich das Umfassende Nukleare Teststoppabkommen in Kraft setzen.

Wir fordern, dass die Signatarstaaten auf der Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag 2005 in New York kurz vor dem 60. Jahrestag der Atombombenangriffe den Weg zu einer kernwaffenfreien Welt ebnen und die Verpflichtung eingehen, dieses Ziel bis 2020 zu erreichen.

Wir erklären hiermit unsere erneuerte Entschlossenheit, uns im Namen unserer Bürger für die Abschaffung der Nuklearwaffen und für eine Welt ohne Krieg einzusetzen.

18. Oktober 2003

6. Exekutivkonferenz der Bürgermeister für den Frieden